

rote blätter extra

Organ
des Marxistischen
Studentenbundes
SPARTAKUS

Der BDI läßt bitten . . .

„Angetreten zum Befehlsempfang!“

Warum Lehrerstudium?

Wunschvorstellungen und die Wirklichkeit

Von Regierung u. Großkapital durchgesetzt
Die Misere der Fachhochschulen

Endlich! Großtat der Bundesregierung!
Das Bundesausbildungsförderungsgesetz

„Atemberaubende Erfolge der roten Maffia“
Warum die Hetze gegen den SPARTAKUS?

Oktober 1971

A U F R U F

Was Kultusminister Vogel unter Demokratie versteht

Der Fall Marion Nürnberg und die Konsequenzen

der 3. Tagung des Bundesvorstandes des SPARTAKUS

**Mit SPARTAKUS gegen das
Hochschulrahmengesetz,
gegen die Zwangsjacke für
die Hochschulen!**

**Bildung und Wissenschaft
im Interesse der arbeitenden
Bevölkerung, im Dienst
des Friedens!**

1969 wurde versprochen: Bildung und Wissenschaft stehen an der Spitze der Reformen. Jetzt soll der Bildungsreform die Spitze genommen werden: die ersten Ansätze einer Demokratisierung der Lehrinhalte geraten unter das Sperrfeuer des Rechtsblocks und seiner Presse. Und die Bundesregierung geht daran, mit einem Hochschulrahmengesetz dem Großkapital die totale Verfügung über Forschung und Lehre zu sichern. 1969 wurde versprochen: Priorität für die Bildungsausgaben. Jetzt

tischen Reformmaßnahmen den Rechtsparteien in den Weg zu stellen, betreibt die Regierung das Geschäft des Großkapitals und bekämpft fortschrittliche Organisationen mit einer Kombination von Beschwichtigung, Bespitzelung und Verbotsdrohung. Damit aber stärkt sie nur der äußersten Reaktion den Rücken, die unter Führung von Strauß, Barzel und Springer alle Kräfte für den Versuch sammelt, durch die radikale Unterdrückung sämtlicher demokratischer Bestrebungen die Herrschaft des Monopolkapitals zu sichern.

Im Kampf gegen die Bildungspolitik der herrschenden Klasse kommt es jetzt darauf an, diese Angriffe der CDU/CSU zurückzuschlagen und die demokratischen Forderungen der Masse der Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz der SPD/FDP-Regierung durchsetzen.

Stoppt Strauß, Barzel, Springer und ihre Helftruppen!

de Maßnahme für den Propagandafeldzug der CDU und ihres Hochschulanhangs gegen marxistische Lehrveranstaltungen und marxistische Lehrkräfte.

Unsere Antwort lautet:

Wissenschaft und Ausbildung dürfen nicht länger im Dienst der technischen und geistigen Ausrüstung gegen den Sozialismus, im Dienst der Unterdrückung der Arbeiterklasse stehen! Gegen Kriegsforforschung und Vernichtungswissenschaft, gegen Antikommunismus und Revanchismus, — Demokratisierung der Lehrinhalte! Schluß mit den Kampagnen gegen Marxismus und Marxisten an den Hochschulen, mit den Berufsverboten für kommunistische und andere fortschrittliche Lehrer und Dozenten, mit den Verbotsdrohungen und der Hetze gegen SPARTAKUS!

Deshalb: Stoppt die Rechtsentwicklung an den Hoch- und Fachhochschulen — Mitbestimmung über Studienreform und Berufungspolitik!

Die Auseinandersetzung mit DKP und SPARTAKUS sei eine der wichtigsten Aufgaben der CDU, so erklärte Rainer Candidus Barzel auf dem Saarbrückener Parteitag. Mit welchen Methoden die CDU „für die Demokratie“ und gegen SPARTAKUS kämpft, demonstriert jetzt der rheinland-pfälzische Kultusminister Vogel im Fall Marion Nürnberg, Absolventin der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz und ehemaliges Mitglied des MSB SPARTAKUS.

Nachdem die angehende Lehrerin im Juli 1971 ihr Abschlußexamen mit gutem Ergebnis bestanden hat, bewirbt sie sich bei der Bezirksregierung Koblenz um die Einstellung in den Schuldienst. Dort wird ihr erklärt, sie könne damit rechnen eingestellt zu werden und zwar werde sie höchstwahrscheinlich an einer Schule in Adenau eingesetzt. Doch dann beginnt der „Fall Marion Nürnberg“: eine schriftliche Bestätigung erfolgt nicht. Dafür erhält sie einen Anruf aus der Bezirksregierung, „es sei irgendetwas im Gange, von Mainz aus“. Mehr könne man nicht sagen. Marion Nürnberg schreibt an Kultusminister Vogel und bittet um eine Erklärung. Doch der Minister läßt sich

Hier wird nun nicht wie in früheren Fällen die Verweigerung am persönlichen Verhalten des Betroffenen festgemacht, sondern die Programmatik des SPARTAKUS insgesamt kriminalisiert. Hier wird der Schlag gegen SPARTAKUS verbunden mit dem gegen die Vertretungsorgane der Studentenschaft: als Beweis für verfassungsfeindliche Umtriebe wird die Kandidatur zu Studentenparlamentswahlen herangezogen! Weil der Spartakus ein Programm entwickelt hat, das den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Masse der Studenten entspricht; weil die Mitglieder des Spartakus in Studentenparlament, AstA und Fachschaften für eine demokratische Hochschule als Alternative zur reaktionären Bildungspolitik der Herrschenden kämpfen, steht der Spartakus im Mittelpunkt ihrer Angriffe.

Kritik grundgesetzwidrig?

Doch nicht nur Spartakus ist davon betroffen. Im Grunde wird hier jegliche radikale Kritik an der bestehenden kapitalistischen Ordnung, deren Konsequenz die Forderung nach einer revolutionären

KÄMPFT AN DER SEITE DER ARBEITERKLASSE - ORGANISIERT EUCH IM SPARTAKUS



Wird immer deutlicher: die Priorität der Rüstung bleibt unangetastet, in der Bildung aber fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Die Bildungsmisere wird nicht abgeschafft, sondern per Hochschulrahmengesetz verwaltet:

auf dem Rücken der Arbeiterkinder, denen der Eingang zur Hochschul-ausbildung mehrheitlich nach wie vor versagt bleibt, auf dem Rücken der Studenten, deren soziale Lage und Studienbedingungen sich weiter verschlechtern,

auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, die die Zeche der Rüstungsprofiteure bezahlen muß.

Zusätzlich ist diese Politik der SPD/FDP-Bundesregierung äußerst gefährlich: statt sich mit demokra-

an den Hochschulen, Kampf dem Wissenschaftsmonopol der Herrschenden – Marx an die Uni!

Das Hochschulrahmengesetz garantiert dem Großkapital umfassenden Einfluß auf Bildungsplanung, Forschung, Studienreform und Ausbildungsinhalte. Die Versuche der Studenten, über den Inhalt ihres Studiums und die Auswahl ihres Lehrpersonals mitzubestimmen, sollen gesetzlich blockiert, die Monopolstellung der bürgerlichen Wissenschaft aufrechterhalten werden.

Das Hochschulrahmengesetz der Bundesregierung ist die flankieren-

Für die ungehinderte Darstellung des Marxismus, der auf die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft gerichtete Wissenschaft der Arbeiterklasse. Marx an die Uni!

Runter mit der Rüstung – Mehr Geld für die Bildung!

Nur eine Minderheit von Studenten erhält eine Ausbildungsförderung und die Förderungssätze hinken weit hinter den steigenden Lebenshaltungskosten her. Steigende Mieten, fehlende Wohnheimplätze, schlechte Krankenversorgung gehen Hand in Hand mit verschärftem Konkurrenzdruck, dicht gestaffelten

Fortsetzung Seite 2

Vogel und Minister um eine Erklärung. Doch der Minister läßt sich Zeit. Erst vier Wochen später antwortet er. Vogel bezieht sich in seinem Brief auf eine Entscheidung der Bezirksregierung „wonach sie nicht in den Dienst des Landes übernommen werden sollten“ — eine Entscheidung, von der Marion Nürnberg jetzt zum ersten Male erfährt. Obwohl kein Anspruch eines Bewerbers bestehe, so der Minister, die Gründe zu erfahren, die zur Ablehnung seiner Einstellung geführt habe, erklärt er sich gnädig dennoch dazu bereit.

Verfassungsinterpret Vogel

Lehrer könne nur werden, „wer die Gewähr dafür bietet, sein Amt als Volkserzieher im Sinne der Grundsätze der Verfassung auszuüben.“ Und weiter: „Einer Mitteilung des Ministeriums des Inneren muß ich jedoch entnehmen, daß nach den gewonnenen Erkenntnissen nicht erwartet werden kann, daß sie sich zur demokratischen Grundordnung . . . bekennen.“

„Im Dezember 1970 haben sie bei den Wahlen zum Studentenparlament in Koblenz für den SPARTAKUS kandidiert und dadurch über ihre Mitgliedschaft hinaus ihr aktives politisches Engagement unter Beweis gestellt. Der 1. Sekretär und Bundesvorsitzende dieses Studentenbundes hat auf dessen ersten Bundeskongreß ausgeführt, daß eine revolutionäre Politik Inhalt und Richtung des SPARTAKUS bestimmen.“ „Da der Spartakus auf revolutionäre Ziele ausgerichtet ist, kann eine aktive Teilnahme an seiner Arbeit nicht mit der aktiven Stützung unserer Verfassung verbunden werden. Die Entscheidung der Bezirksregierung Koblenz ist deshalb zu bestätigen. Hochachtungsvoll. Vogel.“

Veränderung ist, für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, wie es die CDU versteht: in ihren Händen wird das Grundgesetz zu einem Garantiebrief für die Herren Abs, Springer und Thyssen. Wer wie SPARTAKUS wagt, den Herrschaftsanspruch des Großkapitals in Frage zu stellen, wird zum Verfassungsfeind gemacht.

Wer wie SPARTAKUS verhindern will, daß in den Schulen weiterhin Revanchismus und Antikommunismus gepredigt werden, dem verweigert man die demokratischen Rechte und Freiheiten.

Wer wie SPARTAKUS den Monopolanspruch der bürgerlichen Wissenschaft in Frage stellt, und für die Berufung marxistischer Dozenten kämpft, dem wird mit einem Verbot gedroht.

Es ist nicht schwer, die Rechnung der herrschenden Klasse zu durchschauen: durch eine Reihe gezielter Einzelaktionen von Berufsverboten über antidemokratische Repressalien soll die marxistische Studentenorganisation, der SPARTAKUS, geschwächt werden, damit es dann umso leichter ist, die gesamte demokratische Bewegung an den Hochschulen zu zerschlagen.

Unsere Konsequenz aus dem Fall Marion Nürnberg kann darum nur heißen: Für die Verteidigung der demokratischen Rechte, für die Aufhebung von Berufsverboten für marxistische Lehrer und Dozenten. Der Fall Marion Nürnberg geht alle an!

Wenn wir gemeinsam alle Versuche zurückweisen, fortschrittliche Studentenorganisationen zu illegalisieren, dann wird es uns gelingen, die Absichten der Reaktion zu durchkreuzen.

Probleme des Lehrer-Studiums

Ein gesicherter Arbeitsplatz ist in der BRD keine Selbstverständlichkeit. Die letzten Jahre zeigen, daß aufgrund von Betriebsstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen Hunderte von Arbeitern und Angestellten ihre ursprünglichen Arbeitsplätze verloren und auf weniger gut bezahlte, ihrer ehemaligen Ausbildung nicht entsprechende Arbeitsplätze verwiesen wurden.

Zur selben Zeit wird von den verantwortlichen Stellen in der Kultus- und Ministerialbürokratie der Zusammenhang zwischen einer qualifizierten Ausbildung und sozialer Sicherheit im Beruf betont und die für späteres Umlernen und Weiterbilden im Beruf ungenügende Ausbildung der Arbeitskraft als ein Problem des gegenwärtig herrschenden Lehrermangels, vor allem an naturwissenschaftlich-technisch ausgebildeten Lehrern hervorgehoben.

Diese beiden Erscheinungen — einerseits verstärkte Unsicherheit am industriellen Arbeitsplatz, andererseits die intensivierte öffentliche Werbung für den Lehrerberuf mit dem Versprechen einer gesicherten lebenslänglichen Anstellung — mögen bei Vielen ausschlaggebend für den Entschluß zur Wahl des Lehrerstudiums gewesen sein.

Hinzu kommt das Interesse an einer möglichst kurzen Ausbildung, die schnell in die Praxis, zu einem angemessenen Verdienst, sozialer Sicherheit durch den Beamtenstatus und relativ viel Freizeit führt, was für den Lehrerberuf als charakteristisch angesehen wird.

Eine etwas anders gelagerte Studienmotivation läuft darauf hinaus, die sich selbst zugetraute Begabung im Umgang mit Jugendlichen in Erziehungsprozesse umsetzen zu wollen, die alles an Zwängen in der Schule ausräumen sollen, was man am eigenen Leibe erfahren hat.

Wunschvorstellung und Wirklichkeit

Spätestens nach drei Semestern, nach monatelanger Arbeit in überfüllten Seminaren, enormer Schwierigkeiten bei der Anfertigung eigener Studienarbeiten, permanenten Prüfungsängsten und Selbstvertrauensschwund, nach Kennenlernen der Situation der Schüler und Lehrer in überfüllten Klassen, werden die Vorstellungen vom Studium, die Durchsetzungsmöglichkeiten der eigenen Ansprüche hinterfragt. Die meisten Studenten sind jedoch dann nicht mehr in der Lage, die erkannte Kluft zwischen Absolventenvorstellungen und Realität des Studiums, zwischen der Berufspraxis und der Ausbildung rational zu verarbeiten.

In dieser Situation trifft sie dann auch meist noch das demagogische Gerede vom Lehrerüberschuß, was sie endgültig an ihrer eigenen Studienmotivation zweifeln läßt und sie zu Studienwechsel und Studienabbruch veranlaßt. Die Verhinderung dieser Kettenreaktion durch solidarisches Handeln aller Lehrerstudierenden steht jetzt auf der Tagesordnung.

Die Hoffnungen auf einen gesicherten Beruf mit guten Verdienstmöglichkeiten werden durch die völlig unzureichende finanzielle Unterstützung bereits während der Ausbildung zerschlagen. Von einer Bundesregierung, die in der Ausbildungsförderung die Lebenshaltungskosten für Studenten auf 420,- ansetzt, ist auch hinsichtlich der Gewährleistung einer einheitlich hohen Besoldung für alle Lehrerstudierenden nichts zu erwarten.

Unterstrichen wird das durch die Aussage von Leussink, der als Ursache für die noch bestehende Uneinigkeit in Bezug auf eine einheitliche Besoldung aller Lehrer Schwierigkeiten in der finanziellen Abdeckung dieser Stellen sieht, der

in einem Interview mit der Zeitschrift Wirtschaft & Wissenschaft offen ausspricht, daß es keine Ergebnisse in der Bildungsplanung gäbe, würde die finanzielle Seite immer mit angesprochen werden. Das wird deutlich in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, in der die Frage der Aufhebung des Lehrermangels ausschließlich unter finanziellen Gesichtspunkten diskutiert wird, mit dem Ergebnis, daß das bis 1975 anvisierte Lehrer-Schüler-Verhältnis von 27 erhöht wurde.

Für Lehrer kein Geld — aber für Bundeswehrhochschulen!

Untermauert wird diese Feststellung durch die Tatsache, daß das häufiger angeschnittene Problem eines angeblichen Lehrerüberschusses in Wirklichkeit darauf zurückzuführen ist, daß einer großen Anzahl von ausgebildeten Junglehrern zu wenig Planstellen im dafür zuständigen Haushalt zur Verfügung stehen.

Baden-Württemberg und Hamburg haben ja bereits erklärt, daß sie nicht in der Lage sind, die im Land ausgebildeten Lehrkräfte auch im Land zu beschäftigen, da der Haushalt alle Angebote nicht abdecken könne.

Dazu E. Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: „Mitten im katastrophalen Lehrermangel werden von Politikern verschiedener Couleur plötzlich Warnungen vor der Aufnahme des Lehrerstudiums ausgestoßen, wird eine Lehrerschwemme prophezeit, wird die Arbeitslosigkeit von Lehrern für die zweite Hälfte des Jahrzehnts an die Wand gemalt... Wer jetzt vor der Aufnahme des Lehrerstudiums warnt, will den Lehrermangel und die miesen Schulverhältnisse verewigen. Nicht das Ende des Lehrermangels kündigt sich an, sondern bei den Politikern das

Ende der Bereitschaft, den Lehrermangel zu beheben.“

Die Arbeitslosigkeit von Lehrern für die zweite Hälfte des Jahrzehnts ist also nicht deshalb eine Gefahr, weil eine Lehrerschwemme im Anzug wäre, sondern weil hohe Anteile der Haushalte nicht für eine Erhöhung der Bildungsausgaben, sondern der Rüstung und militärischen Ausbildung zugute kommen:

Nach dem Gutachten der Kommission zur Neuordnung der Ausbildung u. Bildung der Bundeswehr werden künftig alle Offiziere mit Steuergeldern einen berufsfähigen Abschluß bekommen, wobei auch daran gedacht ist, allen Studierenden Leutnantsgehalt zu zahlen.

So werden die zur Verfügung stehenden Mittel nicht eingesetzt, um die Ungerechtigkeit des zivilen Bildungswesens aufzuheben, sondern um deren Schwäche für die Zwecke der Bundeswehr und Wirtschaft zu nutzen.

Was tun?

Wenn es den Studenten nicht gelingt, der beabsichtigten Verlagerung der Studentenwerke von der Selbstverwaltung unter die Aufsicht kommunaler Ämter entgegenzutreten, wird ihnen eine wesentliche Position der Einflußnahme auf Höhe und Art der Förderung verlorengelassen, was die Fortschreibung sozialer Ungleichheit der Arbeiterkinder in den Schulklassen und Hochschulen erleichtert.

Der materielle Hebel wird auch gerade da angesetzt, wo fortschrittliche Studieninhalte für Lehrerstudierenden verhindert werden sollen. Nach dem Bafög wird die Ausbildungsförderung nur für die Dauer der Ausbildung bezahlt, jedoch nicht über die Förderungshöchstdauer hinaus (15,2). Die Förderungshöchstdauer bestimmt aber nach 15,4 die Bundesregierung. Das entspricht den im HSRG enthaltenen Bestimmungen als auch den Ergebnissen der Bund-Länder-Kom-

mission, die mehr dreijährige Studiengänge für Lehrerstudierenden fordert.

Diese Lehrerstudierenden, die in sechs Semestern sieben Fächer zu absolvieren haben, werden später kaum in der Lage sein, den Jugendlichen die Ursachen der Streiks ihrer Väter zu vermitteln oder den Zusammenhang der Lohnkämpfe mit dem Kampf für europäische Sicherheit; sie werden hilflos vor Büchern stehen, mit denen sie im Unterricht arbeiten sollen, die den Faschismus als Wahnsinnstat eines Einzelnen erklären; sie werden in keiner Weise in der Lage sein, das von Banken und Sparkassen in den Wirtschaftslehrerunterricht eingebrachte Material zu analysieren, sondern alles, was als Unterrichtshilfe deklariert wird, annehmen. Jenen Dozenten, die bereit und fähig sind, an einer grundlegenden Erneuerung der Lehrerbildung und deren Inhalte mitzuarbeiten, wie z.B. Prof. Holzer in Bremen, soll der Zugang zu den Unis versperrt bleiben.

Die Mitwirkung an Studieninhalten, die u. a. zum Gegenstand haben, was sich tagtäglich in den Betrieben ereignet, soll durch Ablehnung marxistischer Dozenten verhindert werden, während andererseits auf dem Wege der Besetzung von Studienreformkommissionen Vertreter der Unternehmerpraxis zur Mitarbeit aufgefordert werden, ihre Erfahrungen in die Inhalte einzubringen.

Klar ist, das sagen wir jedem Studenten, der ein Lehrerstudium beginnt, daß es nicht darum geht, die schlechten Bedingungen der Ausbildung schweigend hinzunehmen oder das Studium abzubrechen, sondern bereits in der Ausbildung mit allen Betroffenen gemeinsam gegen diese Reglementierungen vorzugehen.

Konkret heißt das:

„Kämpft in den Fachschaften, organisiert Euch in der GEW, organisiert Euch im SPARTAKUS!“

Angela Davis, Klassenkämpferin

In einer Rede nach ihrer Entlassung als Universitätslehrer sagte Angela Davis: „In bestimmter Hinsicht ist der Angriff der Universitätsverwaltung auf meine Person ein symbolischer Vorgang, bin ich doch Mitglied des Che-Lumumba-Clubs, eines ausschließlich schwarzen Kollektivs innerhalb der Kommunistischen Partei, und beschäftigt mit der Befreiung der Schwarzen und aller Unterdrückten dieser Gesellschaft. In dem Augenblick, da man mich attackiert, haben sie die Bewegung selbst angegriffen... Zufällig war ich einer jener, an die Hand anzu legen sie eine Handhabe hatten, weil sie... jene in Kraft stehende Ordnung zur Verfügung hatten, wonach kein Kommunist an der Universität lehren darf. Ganz beiläufig sehe ich mich in diese Position gedrängt, und ich möchte betonen, daß ich mich nicht als Einzelfall verteidigen werde. Infolgedessen habe ich auch jene, die mich unterstützen, gebeten, nicht mich, sondern sich selbst zu verteidigen und aufzustehen, um für ihre Rechte einzutreten.“

Angela Davis ist Kommunistin, Kämpferin gegen Rassismus, für

Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

Name

Ort

Straße

Hoch- bzw. Fachhochschule

Schicken an:
MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Sternenburgstr. 73

Frieden und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in den USA. Aufgrund ihrer hervorragenden wissenschaftlichen Qualifikation wurde die 26jährige Farbige aus den Elendsvierteln Birminghams, Alabama, Dozentin für Philosophie an der University of California. Während ihres Studiums in der BRD kam sie mit der Ideologie der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus in Berührung. Engagierte Demokraten, Kämpfer für die Rechte der Farbigen in den USA, Kämpfer für den Frieden und gegen den Völkermord in Indochina sind an den Universitäten der USA unerwünscht. Die Verwaltungsspitzen der US-Universität werden wie bei uns durch die Hochschulgesetze angestrebt — durch Vertreter des Großkapitals beherrscht. Folglich wurde Angela Davis von der reaktionären Uni-Spitze, insbesondere deren militant antikommunistischen Mitglied Max Rafferty, und durch Intervention des neofaschistischen und rassistischen Gouverneurs Ronald Reagan aus ihrer Funktion verbannt.

Angela Davis war zum Staatsfeind Nr. 1 geworden, weil sie führend unter denjenigen steht, die den Kampf gegen die Unterdrückung der Farbigen in den USA mit dem Kampf um Frieden, für Demokratie und Menschenrechte verbinden. Sie wurde Staatsfeind Nr. 1, weil sie den Kampf um die Rechte der farbigen Bevölkerung im Zusammenhang sieht mit dem Kampf um Befreiung des weißen und farbigen Proletariats von der Herrschaft des Großkapitals. Das Rechtssystem als Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse wird überall dort am brutalsten angewandt, wo diese Klasse um ihre Positionen bangen muß.

Daß dies nicht nur in den USA so ist, dafür gibt es genügend Beispiele auch aus der deutschen Geschichte der BRD. Dabei hat sich immer wieder erwiesen, daß die Unterdrückung der Kommunisten der Beginn der Unterdrückung und Ver-

folgung aller Demokraten und fortschrittlichen Kräfte ist.

Solidarität mit Angela Davis ist praktizierter proletarischer Internationalismus, der auf den gemeinsamen Existenz- und Kampfbedin-

gungen der internationalen Arbeiterklasse beruht, auf deren gemeinsamen Klasseninteressen u. -zielen. Dies zu begreifen und zu praktizieren lehrt uns Angela Davis; deswegen ist ihr Fall von so unmittelbarem Interesse auch für uns.



Mit einer Kundgebung und Demonstration in Opladen begann eine Solidaritätsveranstaltungsreihe in der BRD für die in den USA inhaftierte farbige Bürgerrechtskämpferin, Angela Davis. Fania Davis, die Schwester von Angela Davis, sprach auf dem Marktplatz in Opladen zu ca. 1 500 Kundgebungsteilnehmer (unser Bild). Zuvor hatte in Frankfurt der SPARTAKUS in einer Pressekonferenz Fania Davis vorgestellt.

Warum Hetze gegen SPARTAKUS?

Eine ganz große Koalition hat sich die Hände gereicht — von der „Deutschen National-Zeitung“ der NPD und der „Welt“ Axel Springers über den RCDS der CDU bis zum rechts-adligen von Dohnanyi der SPD-Führung. Über den SPARTAKUS finden sie Worte, die man in ihrer Berichterstattung über die Greuel in Vietnam und die Gefangenensmassaker in den USA nicht findet.

Nach ihrer Schilderung „beherrschen“ Spartakisten die Hochschulen — „der Anarchismus marschiert“ (Welt am Sonntag) — haben sie die Universität „aus den Angeln gehoben“ (Neue Westfälische) — schlagen sie Professoren zusammen (Deutscher Bauer), treiben einen „Keil... tiefer und tiefer ins Gebäck“ der Universität (Die Welt), — haben sie in Kuba eine Ausbildung „in Bürgerkriegsmethoden und Sabotage“ genossen (Deutsche National-Zeitung), sind sie „eindeutig grundgesetzfeindlich“ (RCDS) und ein möglicher „Krebsschaden“ an den westdeutschen Hochschulen (von Dohnanyi).

Vom Programm des SPARTAKUS, von seinen konkreten, praktischen Forderungen, ist in diesen Artikeln nicht die Rede. Mit dem Inhalt seiner Politik beschäftigen sich diese Schreiber nicht. Man muß das Programm des SPARTAKUS kennen, um zu begreifen, warum die journalistischen Hilfstruppen der Großbourgeoisie so konzentriert gegen ihn hetzen:

- SPARTAKUS propagiert keine exotischen Utopien. Er hat ein **realistisches Kampfprogramm**, nennt die nächsten Schritte zur Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht des Großkapitals. Er tritt ein für die qualifizierte Mitbestimmung der Studenten, Assistenten und Professoren und die Organisationen der Arbeiterschaft in Wissenschaft und Ausbildung.
- SPARTAKUS setzt sich für die **unmittelbaren Interessen der Studenten** ein. Z. B. für eine Ausbildung, die so allseitig und qualifiziert ist, daß damit die notwendigen Voraussetzungen für eine stetige Weiterbildung gewährleistet werden und der Ingenieur oder Lehrer nicht zum Fachidioten verkommt.
- SPARTAKUS propagiert die **führende Rolle der Arbeiterklasse** im demokratischen Kampf, im Kampf um den Sozialismus,

schung Verwendung findet, müssen ihre Organisationen (z. B. der DGB) eine entsprechende Kontrolle ausüben können. — Gegen alle, welche diese und eine Reihe ähnlicher Forderungen erheben, laufen die Herrschenden Amok.

In der Tat, wenn wir fordern: „Kontrolle der Auftragsforschung!“, was sollen sie sagen, die Herren von der „Frauenhofer-Gesellschaft“, die Profiteure solcher Rüstungskonzerne wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Dornier, Krauss-Maffei und ihre Lobbyisten im Bundestag (wie etwa der verstorbene CDU-Mann Pöhl)? Wenn wir fordern: „demokratische Lehrinhalte“, — was sollen die offenen und getarnten Ostlandreiter sagen, würden doch dann die Geschichtsfälschungen aus den Schulbüchern herausgenommen werden, z. B. Sätze, wonach die Bestimmungen der Konferenz von Potsdam „für die BRD keinerlei bindende Kraft“ haben. (Klett-Verlag) Wenn wir fordern: „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung“ für die Organisationen der Arbeiterklasse, für die Studenten, Assistenten und Professoren — was hätte das für Folgen für die Bevormundung der Hoch- und Fachhochschulen durch die Rüstungsindustrie, für einige ehemalige Rassenforscher und Bannerträger

Angestellten auszubeuten (und sich neuen Profit anzueignen) — und das alles, während bei uns in Zwergschulen 50 und mehr Kinder in einer Klasse zusammengepreßt sind, die Elendsviertel am Rande der Städte wachsen, die Mieten oft mehr als ein Viertel des Lohnes auffressen, Krankenhäuser fehlen, ihr Personal unterbezahlt wird und ein Großteil der alten Menschen am Rande des Existenzminimums lebt, vereinsamt, isoliert, bewußtseinsmäßig deformiert von einer Gesellschaftsordnung, in der die kapitalen Wirtschaftsverbrecher u. Steuerhinterzieher von ihren Villenanlagen im Ausland ihre Konzerne dirigieren, ein jugendlicher Straßenbahn-Schwarzfahrer aber für ein Jahr ins Gefängnis gebracht wird.

Wer diese Wirklichkeit beim Namen nennt, der wird diffamiert und diskreditiert. Der wird, ist er Kommunist, Spartakist oder Juso, zum Freiwild erklärt, der soll von Amts wegen vor die Hunde gehen, wie es der ehemalige CDU-Innenminister Benda indirekt fordert (als Lehrer z. B. keine Stelle im Staatsdienst, raus aus dem öffentlichen Dienst, usw.)

Wer hat ein Interesse an dieser Links-Hatz? Der Arbeiter, der von 8—17 Uhr malocht? Ist der abgestoßen von unserer Einsicht „Studenten müssen an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen“? Wird den Arbeitern und Angestellten etwas weggenommen, wenn wir sagen: weniger für die Rüstung, mehr für die Bildung, billigere Wohnungen, runter mit den Verkehrstarifen? -

Gerät der Berufstätige in Harnisch, wenn die fortschrittlichen Kräfte in diesem Lande fordern: „Mitbestimmung in Betrieb, Büro und Hochschule“?

Wen trifft es denn? Wessen Macht soll da beschnitten werden? Wessen arbeiterfeindliche Ideologie soll und muß zurückgedrängt werden? Das Großkapital trifft es, die Monopolbourgeoisie, eine Klasse, die namhaft zu machen ist, deren Reichtum und Einfluß ausweisbar ist durch Bilanzen, Besitztitel und Positionen.

Ihre Waffe ist der Antikommunismus, diese Ersatzreligion als Opium fürs Volk. Er muß zurückgedrängt werden. Damit wird der Weg frei für mehr Demokratie, spürbaren sozialen Fortschritt und einen gesicherten Frieden.

Protest gegen die Nichteinstellung des marxistischen Wissenschaftlers

Betriebsräte setzen sich für Prof. Holzer ein

An den Senat der Freien Hansestadt Bremen

Wir, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre aus Bremen, protestieren gegen die Ablehnung der Berufung des Kollegen Professor Dr. Horst Holzer an die Bremer Universität durch den Senat der Hansestadt.

Die Ablehnung wurde ausschließlich mit Professor Holzers Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei begründet. Das ist ein klarer Verfassungsbruch. Das Grundgesetz verbietet es, jemanden wegen seiner politischen Gesinnung zu benachteiligen und zu verfolgen. Der Bremer Senat macht sich mit seiner Haltung zum Willensvollstrecker der Kreise um Franz Josef Strauß und der Neonazis der NPD, die zur Hexenjagd gegen

len? Als Gewerkschafter setzen wir uns besonders deshalb für den Kollegen Holzer ein, weil es uns nicht gleichgültig sein kann, wer die Lehrer ausbildet, die unsere Kinder unterrichten. Unsere Kinder brauchen Lehrer, die den Interessen der arbeitenden Menschen nicht fern oder gar feindlich gegenüber stehen. Damit sie sinnvoll auf das Berufsleben vorbereitet werden, damit sie das nötige Fachwissen erhalten, damit ihnen mehr Bildungschancen offen stehen, brauchen wir an unseren Schulen Lehrer, die den Kindern helfen, ihren Platz im Leben als aktive Demokraten, gute Gewerkschafter und Kollegen zu finden.

Professor Holzer hat Vorschläge entwickelt, wie solche Lehrer an der Bremer Universität ausgebildet wer-

den sollen. Das war der Grund, warum ihn die Berufungskommission einstimmig vorgeschlagen hat. Diese Vorstellungen mögen denen nicht passen, die alte Vorrechte der Besitzenden schützen wollen. Umso mehr ist die Tätigkeit solcher Lehrer und Professoren für unsere Kinder notwendig. Es gilt, nicht länger nur allgemein vom Bildungsnotstand zu reden, sondern Solidarität mit denen zu entwickeln, die ihn ernsthaft bekämpfen. Einer von ihnen ist Kollege Professor Holzer. Wir fordern seine Berufung nach Bremen.

Dieses Schreiben ist von 24 Betriebsräten, vier Mitgliedern der Leitung des Vertrauensmännerkörpers und dem Betriebsjugendsprecher der Klöckner-Werke in Bremen unterzeichnet worden.

denn sie, die Arbeiter und Angestellten, schaffen den wirtschaftlichen Reichtum; SPARTAKUS propagiert, daß die Studenten — von denen ein großer Teil später selbst seine Arbeitskraft verkaufen muß — in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Arbeitsklasse stehen.

- SPARTAKUS fordert, daß die **Wissenschaft im Interesse der Werktätigen** betrieben wird, daß ihre Ergebnisse ihnen zugute kommen, denn von ihren Steuergeldern werden Hoch- und Fachhochschulen und die Forschungsstätten in erster Linie unterhalten und nicht vom anmaßenden Wortgeklängele reaktionärer Konzernbosse und elitärer Professoren. Damit die Arbeiterklasse bestimmen kann, wie und wo ihr Geld im Bereich von Wissenschaft u. For-

der nationalsozialistischen Ideologie?

Diese Forderungen treiben weder einen „Keil“ ins Gebälk der Universität, so wie es die Reaktion darstellt, noch bringen sie den MSB an die „Schaltstellen der Macht“, wie einige wildgewordene Zeitungspöten das behaupten. Tatsache ist, daß mehr und mehr Studenten die Widersprüche dieser Gesellschaft begreifen: Da sammelt sich ungeheurer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Reichtum an; riesige Industrieanlagen entstehen, gigantische Forschungsobjekte, an jeder Ecke schießt ein Versicherungspalast empor, die Bundeswehr hortet en masse Vernichtungswaffen, deren Einzelstücke Dutzendmillionen kosten; die Monopole schaffen den hierzulande aus den Arbeitern herausgepreßten Profit ins Ausland, um dort neue Produktionsstätten zu bauen, um dort die Arbeiter und

alle linken und fortschrittlichen Kräfte besonders im Hochschulbereich antreiben. Die Ablehnung Holzers ist zugleich ein Rückfall in die finsternen Zeiten des kalten Krieges. Die sich darin äußernde militant-antikommunistische Haltung ist unvereinbar mit einer Entspannungspolitik, wie sie mit dem Maskauer und Warschauer Vertrag und den Berlin-Vereinbarungen eingeleitet wurde.

Das Verhalten des Bremer Senats im Fall Holzer schadet dem Ansehen der Stadt Bremen als freier und weltoffener Stadt. In allen demokratischen Ländern ist es selbstverständlich, daß auch Kommunisten als Professoren an den Universitäten wirken. Nur die fachistischen Gewalthaber Spaniens, Portugals und Griechenlands halten ihre Universitäten „kommunistenfrei“. Will sich der Senat auf eine Stufe mit den Praktiken solcher Regimes stel-

Fortsetzung von Seite 1 **Aufruf . . .**

Aussiebbeprüfungen und zusammengedrängtem Studium.

Die Folgen von Hochschulrahmengesetz und Ausbildungsförderungsgesetz: Numerus Clausus vor allem für Arbeiterkinder, Schmal-spurausbildung und unsichere Berufsaussichten für die Mehrheit der Studenten, Züchtung einer kleinen Elite von „Führungskräften“.

Unsere Antwort lautet:

Bildungspolitik darf nicht länger im Schutze der Verborgenheit ausgeheckt werden, — deshalb: Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten über die Bildungsplanung, für Hochschulangehörige und Arbeiter!

Öffnung des Hochschulwesens für Arbeiterkinder! Ausweitung und Vereinheitlichung des Bildungswesens ohne neue Aussiebverfahren! Verhindern wir gemeinsam mit der Arbeiterklasse, daß die dafür erforderlichen Mittel durch Steuererhöhungen von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden! Nur die Senkung der Rüstungsausgaben bringt die Mittel für eine demokratische Bildungsreform! Nur dies entspricht zugleich einer wirklichen Friedenspolitik, — das liegt in unserem Interesse und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!

Verteidigt die demokratischen Rechte — Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Hochschulen!

Das Hochschulrahmengesetz sieht statt Mitbestimmung nur „funktionsgerechte Mitwirkung“ vor. Damit sollen den Studenten die Zwangsjacke des „funktionsgerechten Wohlerhaltens“ angelegt werden. Zusätzlich verschafft es den Rechtskräften

freies Schußfeld, die durch Mittelentzug und reaktionäre Hochschulverfassungen die Interessenorgane der Studenten, Fachschaften und AStA, ausmerzen wollen.

Unsere Antwort lautet:

Kämpft um jede Einflußmöglichkeit auf Studium, Forschung und Berufungspolitik! Jedes Mitbestimmungsrecht muß genutzt werden, um die Hilfstruppen des Großkapitals an den Hochschulen, den „Bund Freiheit der Wissenschaft“, zurückzudrängen! Keine Mitbestimmungsposition darf kampflös geräumt werden!

Wehrt alle Versuche ab, AStA und Fachschaft auszuhöhlen, auszuhungern und zu zerschlagen! Stärkt die Fachschaften durch aktive Mitarbeit! Sie sind der Ausgangspunkt unseres Kampfes gegen das Hochschulrahmengesetz, für unsere Forderungen nach demokratischen Lehr- und Forschungsinhalten, nach materiell gesichertem Studium ohne Aussiebverfahren, nach Mitbestimmung und unabhängigen Interessenorganen.

Weist alle Versuche zurück, fortschrittliche Studentenorganisationen zu illegalisieren! Laßt Euch nicht gegeneinander ausspielen, — davon profitiert nur die Reaktion! Unsere stärkste Waffe ist die Aktionseinheit!

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

„rote blätter - EXTRA“

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

53 Bonn, Sternenburgstraße 73

Verantwortlich: Roland Lang

Hagen

5000 Arbeiter fordern Überführung des Klöckner-Konzerns in Gemeineigentum

Hagener Stahlarbeiter kämpfen um ihre Arbeitsplätze und zwingen Klöckner und Südwestfalen-AG in die Defensive

Als der Betriebsratsvorsitzende Erwin Ebeling auf dem Hagener Rathausplatz vor 5000 Stahlarbeitern und Hagener Bürgern die Überführung der Stahlwerke Südwestfalen AG und des Klöckner-Konzerns in Gemeineigentum forderte, weil die beiden Stahlkonzerne weder gewillt noch in der Lage seien, die Arbeitsplätze von 4 600 Stahlarbeitern zu sichern und die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen diese Möglichkeit sogar zwingend vorschreibe, mußte der neben ihm stehende NRW-Innenminister Weyer (FDP) mehrmals schlucken. Einstimmig sprachen sich die 5 000

demonstrierenden Arbeiter und Bürger für diese Forderung aus. Angesichts dieser kämpferischen Stimmung Tausender Stahlarbeiter sah sich Weyer ebenfalls gezwungen, den Vorschlägen und Forderungen des Betriebsrats Ebeling, der gleichzeitig Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist, zuzustimmen. Er versprach die Hilfe des Landes bei der Modernisierung des Stahlwerkes Eckesey und rief „Hagen darf keine sterbende Stadt werden“. Ohne diese machtvolle Kundgebung der Stahlarbeiter, die größte in Hagen seit 20 Jahren, würden wohl weder Minister Weyer,

noch die anderen Politiker in Hagen erschienen sein.

Auf der Vertreterversammlung der IG Metall in Hagen und der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Hagen (45 000 organisierte Mitglieder) wurden einstimmige Entschlüsse angenommen, in denen die Landesregierung aufgefordert wurde, die Grundstoffindustrie unseres Landes in Gemeineigentum zu überführen und der DGB-Bundesvorstand und die IG Metall sollten einen Sternmarsch nach Bonn organisieren, um eine echte Mitbestimmung im neuen BVG durchzusetzen.

Von Regierung und Großkapital geplant und durchgesetzt

Die Misere der Fachhochschulen

In diesen Wochen werden Tausende von Erstsemestern an den Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Akademien mit der Krise des westdeutschen Bildungswesens konfrontiert. Zurück liegen harter Drill in der Fachoberschule, Lehrermangel in den Gymnasien und Kämpfe gegen

Wer es „geschafft“ hat alle die Hürden zu überwinden, dem stehen nun weitere bevor. Überfüllte Semester, keine Labors, Dozentenmangel, eine Unzahl von Klausuren und Prüfungen und kaum Geld, das Studium materiell abzusichern, kein Geld, um die Wuchermieten zu bezahlen; Wohnheimplätze fehlen.

Der MSB SPARTAKUS gibt eine klare Antwort auf die Frage, die Studenten immer häufiger stellen: welche Ursachen hat diese Bildungsmisere? — Die Entwicklung des westdeutschen Bildungssystems, besonders der jetzigen Fachhochschulen, ist die Entwicklung, die Geschichte des kapitalistischen Systems, der Besitz- und Machtverhältnisse seit 1945. Der Weg auf dem Sektor Bildungswesen ist der Weg 20jähriger CDU/CSU-Herrschaft.

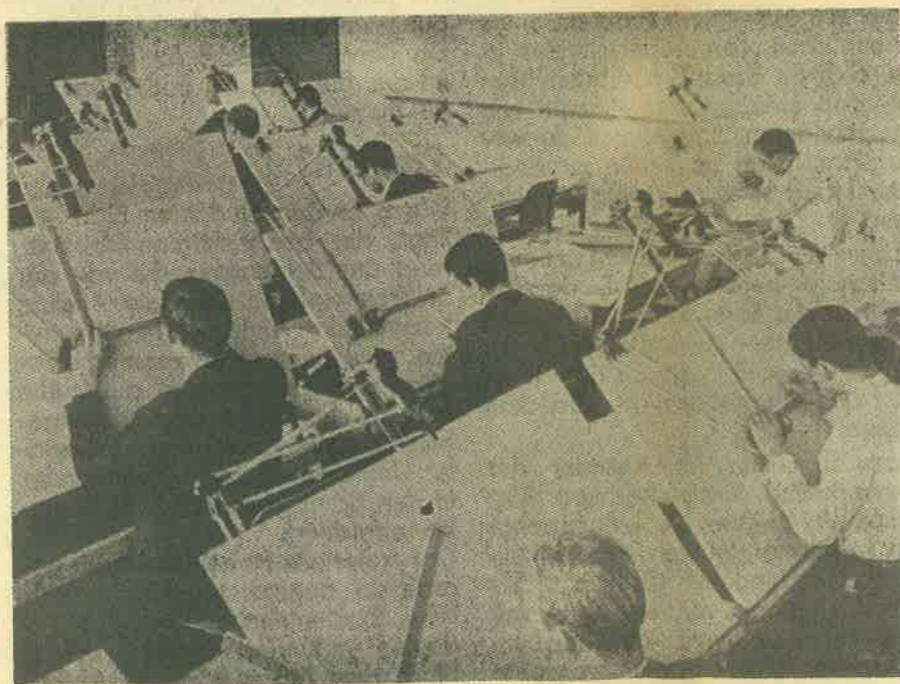
Ungenügende Ausbildung

Die 50er Jahre sicherten den Monopolen ein relativ stabiles ökonomisches Wachstum. Die bestehenden Bildungsstätten genügten dem „erforderlichen“ Qualifikationsniveau, entsprechend dem technologischen Stand der Industrieanlagen. Man verzichtete auf Strukturmaßnahmen zur Erweiterung des Bildungspotentials. Dann kam das Ende dieser profitreichen Zeit. Der technische Stand der Produktion entsprach nicht mehr den Expansionsbestrebungen auf dem Weltmarkt — die Unternehmensgewinne sanken. Die BRD war und ist noch rückschrittlicher in ihrem Bildungswesen als viele andere kapitalistische Staaten. Die internationale Konkurrenz, sowie die gewaltige Leistungssteigerungen der sozialistischen Länder zwangen das Großkapital zu dem Versuch, die wissenschaftlich-technische Revolution zu organisieren.

Seitdem spricht man von „Reformen“, leiten Konzerne und Staat einen Propagandafeldzug der „ungeahnten“ Möglichkeiten für das Zwischenglied Fachhochschule ein. Die ehemaligen Höheren Fachschulen und Ingenieurschulen werden umgewandelt, der Abschluß „Ingenieur grad.“ vereinheitlicht, Verwaltung und Behörden zentralisiert, das sechssemestrige Kurzstudium strukturell und inhaltlich gestrafft. Was hat sich also verändert? Der Austoß an Fachhochschulabsolventen wurde gesteigert, doch dies bei

den Numerus Clausus. Viele sind im Ringen um die Eroberung eines Studienplatzes an der Fachhochschule in den Maschen des bundesrepublikanischen Bildungssystems hängengeblieben.

lung der Persönlichkeit, heißt nicht Einsicht in die objektiven gesellschaftlichen Zusammenhänge, ihre Wechselbeziehungen, heißt auch nicht Einsicht sie durch solidarische Aktionen mit der Arbeiterklasse verändern zu können. Diese Reife wird zwar als Eingangsvoraussetzung für den Übergang zur Universität propagiert, doch werden gerade hier die Methoden der Selektion und das System der Leistungskontrolle so angelegt und ausgebaut, daß eine gezielte Steuerung einer nur kleinen Zahl von



proportional geringfügiger Erweiterung der Ausbildungskapazitäten und auf Kosten einer rigorosen Beschränkung auf Faktenwissen anstelle wissenschaftlicher Grundlagen. Die so erlangte „Fachhochschulreife“ (graduirt) ist daher nicht die „Reife“, beinhaltet nicht die Fähigkeit alle wesentlichen wissenschaftlich-technischen Aufgaben im Sinne einer langen beruflichen Mobilität zu meistern. Diese „Reife“ heißt eben nicht allseitige Entwick-

absolventen die Chance für ein weiteres Studium ermöglicht. Das gerade ist die Absicht der Formierungspläne, das sind die Folgen von Hochschulrahmengesetz und Ausbildungsförderungsgesetz: Numerus Clausus vor allem für Arbeiterkinder, Schmalspurausbildung u. unsichere Berufsaussichten für die Mehrheit der Studenten, Züchtung einer kleinen Elite von „Führungskräften“, Kurzstudium für die Masse.

Das Beispiel Körber

In Hamburg haben wir ein Beispiel für das, was andere Fachhochschulen in der BRD erwartet oder was schon vollzogen ist. Der Monopolgigant Kurt A. Körber, mit 92 % aller tabakverarbeitender Maschinen Beherrscher des Weltmarktes, löste mit einer „Eigen-Investition“ von 6,2 Mio. DM eine Finanzspritze des Staates von über 60 Mio. DM aus.

Das sind über 50 % des Fachhochschuletats für 1971—73. Durch diese Umverteilung öffentlicher Gelder wurden Mittel für den Ausbau solcher Fachbereiche wie Sozialpädagogik, Gestaltung, Hauswirtschaft entzogen. Sie sind nicht profitabel genug. Mit dieser Formierungsaktion ist der Fachbereich „Produktions- und Verfahrenstechnik“ vollständig in der Verfügungsgewalt dieses Konzerns: Organisatorisch, indem er aus dem Hochschulbereich bei Beibehaltung des Status „staatlich“ ausgelagert wurde. Die Ausbildungsstätte steht vor den Toren des Werkes. Politisch, indem alle Entscheidungen über Inhalt und Nutzen der Ausbildung, Studienreform usw., unabhängig von den Selbstverwaltungsgremien der Fachhochschule, vom Monopolherrscher selbst getroffen werden. Ideologisch, indem die Lehrbücher, die Lehrinhalte vom Monopolkapital und seinen Propheten selbst geschrieben werden. Ökonomisch, indem der Arbeitskräftebedarf und die Qualifikationsstufe von der Unternehmensleitung bestimmt werden, einem Gremium, das sich aus drei Vorstandsmitgliedern der Stiftung, aus sieben Beiratsmitgliedern aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, sowie aus sieben „höchstbezahlten“ leitenden „Mitarbeitern“ der „Hauni Werke“ zusammensetzt. Das Bildungsziel wird vom Monopolherrscher

so formuliert, daß es gelte, „die Jugend auf den geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Ländern vorzubereiten und bei ihr Verständnis für fremde Völker zu wecken.“ (Auszug der Stiftungssatzung).

Das Selbstbekenntnis dieses so ideenreichen Monopolkapitalisten lautet denn auch: „Für die Entwicklung unserer Gesellschaft müssen wir etwas wagen, um gewinnen zu können — und wir müssen viel gewinnen, um den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu sein. Ich meine das wörtlich: Wir müssen an Profit denken, intellektuell wie moralisch, politisch wie wirtschaftlich.“ (Aus: Mensch unserer Zeit, Kurt A. Körber).

Profitgeier raus — Arbeiterorganisationen rein

Selten wird so offen und direkt das monopolistische „Bildungsideal“ formuliert. Hier finden wir einen außerordentlich hohen Grad der Hochschulformierung, der Unterordnung von Bildung und Ausbildung unter das Profit-System. Hier zeigt sich aber auch besonders anschaulich die Notwendigkeit, den Kampf um Mitbestimmung in der Hochschule, die demokratische Kontrolle durch die Hochschulangehörigen, durch die Gewerkschaften als entscheidenden Hebel zur Zurückdrängung des Einflusses des Großkapitals anzusetzen. Wissenschaft und Ausbildung dürfen nicht länger im Dienst der technischen und geistigen Aufrüstung gegen den Sozialismus, im Dienst der Unterdrückung der Arbeiterklasse stehen!

Dort, wo es Reibungsverluste gibt, wo der Widerstand der Studentenschaft, der arbeitenden Bevölkerung nach demokratischen, zu ihrem Nutzen einsetzbaren Reformen wächst, wird er mit brutaler Polizeigewalt gebrochen, siehe Baden-Württemberg.

Der Demontage demokratischer Rechte im Ausbildungswesen gilt es geschlossen zu begegnen. In Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Esslingen, München und anderswo heißt das: Aktionen unter Ausnutzung aller noch bestehenden demokratischen Rechte und Institutionen; vor allem heißt es: gemeinsam kämpfen!

Angetreten zum Befehlsempfang! (BDI-Brief siehe unten)

Wer steuert wen?

Die Abteilung II/1 im „Bundesverband der Deutschen Industrie“ — BDI — hatte zum Befehlsempfang geladen: die „Vertreter der Bundesministerien“ waren verhindert zum vorgesehenen Termin; ein neuer wird festgesetzt. Und um was geht es bei diesem Gespräch mit der „Abteilung Industrie- und Berufsbildung“ im BDI? Ein studentischer Hilfswilliger der Reaktion erlaubt sich, seine Vorstellungen zu unterbreiten über die Zerschlagung von AstA und Studentenparlament an den Hoch- und Fachhochschulen. Der BDI zitiert die Vertreter der Regierung an den Tisch, damit die „Anregungen“ möglichst ungesäumt in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Der BDI-Einladung liegt eine Abschrift von Kösters Artikel in der DUZ, „Plädoyer für die Auflösung von Studentenparlament und AstA“, bei. Während in der Universität die rechten Studentenorganisationen unablässig von „Demokratie“ und „Freiheit der Wissenschaft“ reden und SPARTAKUS und SHB diffamieren, beraten ihre Funktionäre die Monopolvertreter und Regierungsbürokraten, wie der Kampf gegen die Demokratisierung des Hochschulbereiches und die Organisationen der Studenten am besten zu führen sei...!

BUNDESVERBAND
DER
DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V.
II/1 ABTEILUNG
INDUSTRIEFORSCHUNG UND BERUFBILDUNG

Teil. Durchwahl (02 21) 37 08 509
5 KÖLN 51 (Bayenthal), den 20. 8. 1971
Postschließfach 51 05 48
Oberländer Ufer 84-88
Az.: vJ-la
(bitte bei Antwort angeben)

An die
Mitglieder der Arbeitsgruppe II
„Hochschulforschung — Angewandte
Forschung — Gemeinschaftsforschung“
des BDI-Präsidialarbeitskreises
für Forschungspolitik

Terminänderung
Bitte sofort vorlegen!

Sehr geehrte Herren!

Zu unserem großen Bedauern sind wir infolge von unvorhergesehener
Verhinderung von Vertretern der Bundesministerien gezwungen, den Ihnen
bereits mitgeteilten Termin, 15. September, aufzuheben.
Als neuen Termin haben wir

Mittwoch, 20. Oktober, 10.00 Uhr,
BDI-Saal Nr. II

vorgesehen. Die Ihnen mit Rundschreiben vom 30. Juli 1971 übersandte
Tagesordnung bleibt bestehen.

Wir bitten um Teilnahmezusage auf anliegender Karte.

Zu Ihrer Information und zur Vorbereitung auf Tagesordnungspunkt 4
„Neuere Entwicklung im Hochschulbereich“ übermitteln wir Ihnen ein Plädoyer
von Thomas Koester, ehemaliger AstA-Vorsitzender der Universität Köln
und führendes Mitglied der Deutschen Studentenunion für die Auflösung
von Studentenparlament und AstA.

Mit verbindlicher Empfehlung
Die Geschäftsführung

(Dr. Uthmann)

(von John)

Endlich! Großtat der Bundesregierung!

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz

Mit viel Theaterdonner wurde am 24. Juni 1971 das Bundesausbildungsförderungsgesetz — Bafög — verabschiedet. Dieses Gesetz löst die bisherige Studentenförderung nach dem Honnefer Modell ab und zentralisiert die gesamte Ausbildungsförderung für Schulen (ab der 11. Klasse), Abend-, Fach-, Fachhochschulen und die Hochschulen in die Hände des Staates. — Was bringt dieses Gesetz, das von der SPD/FDP-Regierung als „Verbesserung der Ausbildungsförderung und als Schritt hin auf die Chancengleichheit der jungen Menschen“ angepriesen wurde?

Bereits im Jahre 1969 hatte das Deutsche Studentenwerk für eine kostendeckende Förderung 520 DM errechnet. Der Höchstsatz beim Bafög beträgt 420 DM, 20 DM mehr gegenüber Honnef. Bei einer jährlichen Inflationsrate von 4%! Hinzu kommt, daß die Förderungsbeträge für die verschiedenen Schultypen gestaffelt sind, sodaß einem Berufsfachschüler von vornherein 100 DM weniger zugestanden werden. Chancengleichheit nennt das die Bundesregierung.

Seit längerer Zeit wird von den Studierenden eine familienunabhängige Ausbildungsförderung gefordert; die Antwort der Bundesregierung: Senkung der Elternfreibeträge auf 800 DM. Diese Senkung der Elternfreibeträge bei gleichzeitiger großzügiger Förderung (familienunabhängige 900 DM) für die Studenten, die ein Aufbaustudium absolvieren dürfen, macht besonders deutlich, daß die Aufrechterhaltung des Prinzips der Familienunabhängigkeit nicht etwa ein besonders sozialer Zug des Gesetzes ist nach dem Motto: die Angehörigen der Bourgeoisie können für ihre Kinder zahlen, die Kinder der Arbeiterklasse sollen gefördert werden —, vielmehr richtet sich diese Maßnahme vor allem gegen Kinder aus der Arbeiterklasse. Chancengleichheit nennt das die Bundesregierung.

Bereits ein erster Blick auf die nackten Zahlen dieses Gesetzes macht also klar, was sich hinter dem Geschwätz von seinem sozialen Charakter verbirgt: Man sagt Ausbildungsförderung, man meint

Förderung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Man sagt Ausbildungsförderung, man meint Ausbildung von Einbildungen bei den Geförderten.

Es genügt jedoch nicht, ausschließlich die materiellen Konsequenzen des Bafögs zu betrachten, ohne gleichzeitig seine Funktion und seine Einordnung in die anderen Maßnahmen der Bundesregierung im Ausbildungssektor, wie vor allem Bildungsgesamtplan und Hochschulrahmengesetz, zu erkennen. So werden zwar insgesamt mehr Studenten in die Förderung miteinbezogen, jedoch dauert die „großzügige“ Förderung für die meisten Studenten nur ganze 6 Semester, denn die Förderungsdauer ist nach dem Bafög an das Regelstudium — und das ist laut Hochschulrahmengesetz hauptsächlich das 6-semesterige Kurzstudium — gebunden. Schließlich werden dem Bafög-Geförderten sämtliche Möglichkeiten genommen, sein Fachidiotenstudium wenigstens etwas durch eigene wissenschaftliche Studien oder durch politische Praxis zu erweitern, da die Förderungsbewilligung an bestimmte Eigenungskriterien und Leistungsnachweise geknüpft ist.

Was für die Studenten sozialer Numerus Clausus, ständiger Leistungsdruck, Prüfungsterror, wissenschaftliche und politische Reglementierung bedeutet, heißt für die Herren aus Bonn und der Großindustrie: Rekrutierung von mehr Arbeitskräften an Hoch- und Fachhochschulen ohne umfassende wissenschaftliche Qualifikation, die schneller in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingeschleust werden können. Ideologisch verbrämt drückt das die Bundesregierung in ihrer Begründung zum Bafög-Entwurf so aus:

„In den kommenden Jahrzehnten werden in Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungswesen unseres Landes die benötigten Mitarbeiter (I) nur zur Verfügung stehen (II) wenn es gelingt, die „Bildungsreserven“ zu aktivieren.“ Oder etwas kürzer und deutlicher der Unternehmerbrief des Deutschen Industrie-Instituts: „Die Wirtschaft wird es daher begrüßen, schon nach drei Jahren berufsfähige junge Menschen in

die Unternehmen zu bekommen.“ Damit diese Intensionen der Formierung und Disziplinierung der Studenten reibungslos realisiert werden können und nicht etwa durch die demokratische Selbsttätigkeit der Auszubildenden gestört werden, ist jegliche Mitbestimmung der Betroffenen ausgeschaltet, die Besetzung der Förderausschüsse erfolgt administrativ und die Entscheidung trifft allein die staatliche Bürokratie.

Das Bafög entpuppt sich endgültig als Zwangsjacke des Monopolkapitals; als ein Glied in der Kette staatsmonopolistischer Formierungsmaßnahmen im Ausbildungssektor.

Die CDU/CSU hat in den vorangegangenen 20 Jahren ihrer Herrschaft die Bildungskatastrophe in unserem Land verursacht. Sie in erster Linie ist für die nach wie vor bestehenden Bildungsbarrieren verantwortlich. Sie hat die Weichen gestellt.

Die regierende SPD/FDP-Koalition jedoch ist von diesem vorgezeichneten Weg nicht wesentlich abgegangen; sie hat ihre großspurigen Versprechungen nicht wahrgemacht. Heute kann sie sich nicht mehr als Fürsprecherin der Jugend aufspielen, — Hochschulrahmengesetz und Bafög sprechen eine deutliche Sprache.

SPARTAKUS hat im Sommersemester 71 den Kampf gegen das reaktionäre Bafög aufgenommen. Er hat die bundesweite Kampagne und die Aktionen des VDS, an denen sich mehr als 40 000 Studenten oeteiligten, unterstützt und wesentlich mitgetragen. Die Forderungen, die damals aufgestellt wurden, sind bis heute noch nicht von der Regierung erfüllt worden, wenn auch durch den Druck der Studenten kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes einige geringfügige Verbesserungen erreicht wurden, vor allem in der Übergangsregelung für die bisher Honnef-Geförderten. Notwendig sind jedoch weitere, massenhafte Kampfaktionen; auch im Wintersemester, um auch die materielle Absicherung des Studiums sicherzustellen.